



Forschungsinstitut
Urban Management und Governance
Tätigkeitsbericht 2021

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2021 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise sowie Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger*innen in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2021 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 Mitarbeiter*innen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leiterinnen:

- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner
- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer

Stv. Leiter:

- Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering

Faculty:

- Dr. Vitaliano Barberio (bis 06/2021)
- Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus, LL.M.
- Prof. Dr. Markus A. Höllerer
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Dipl.-Ing. Astrid KRISCH, B.Sc.
- Ines Kuric, MSc
- Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU)
- Michaela Neumann, MSc (WU) (bis 07/2021)
- Sebastian Vith, MA MSc

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler*innen der WU Wien über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt, LL.M. (Harvard)
- Ass.-Prof. Dr. Dennis Jancsary
- Selin Öner-Kula, PhD
- Dr. Tobias Polzer
- Nikolai Staudinger, MSc (WU)

*Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter*innen:*

- Christina Bachlinger, LL.B. (WU), BA
- Sophie Hofbauer, LL.B. (WU)
- Sophie Röbl, BA BSc
- Iryna Sauca, LL.B.
- Klaus Wolfsgruber, LL.B. oec.

Weitere Studierende haben im Rahmen von Werkverträgen an Forschungsprojekten mitgewirkt.

*Gastwissenschaftler*innen und affilierte Forschende:*

- Dr. Vitaliano Barberio (Università della Svizzera italiana, Lugano, Schweiz; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Christof Brandtner, PhD (University of Chicago, USA; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Nathania Chua, MRes (ESADE Business School, Barcelona, Spanien; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. W. E. Douglas Creed, PhD (The University of Rhode Island, Boston, USA; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anna Grandori (Università Bocconi, Mailand, Italien; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Zeppelin-Universität, Friedrichshafen, Deutschland; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. Dr. Achim Oberg (Universität Hamburg, Deutschland; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Dr. Jeroen Veldman (Nyenrode Business Universiteit, Breukelen, Niederlande; Bereich Betriebswirtschaftslehre)

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Charlotte Lejeune
- Mag.^a Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2021

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban- Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter*innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher*innen des Berichtsjahres 2021.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governance-Mechanismen

„Governance gaps“ im urbanen Kontext

Neue Probleme wie etwa humanitäre Herausforderungen oder der Klimawandel zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen der Zusammenarbeit erproben müssen, um die „capacity to act“ in solchen Situationen zu erhalten. Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit. Entwicklungen wie die aktuelle Covid-19-Pandemie oder die „Europäische Flüchtlingskrise“ 2015 entsprechen einem Typus von Problem, der in der wissenschaftlichen Literatur als „wicked“ („vertrackt“) beschrieben wird. Typisch für diese Probleme ist, dass sie nicht von einzelnen Akteur*innen bewältigt werden können, sondern auf das Zusammenwirken verschiedener Akteur*innen angewiesen sind, wobei es dabei keine zentrale „Autorität“ gibt. Vielmehr sind „wicked problems“ durch polyzentrische Governance und distribuierte Entscheidungsmodi

gekennzeichnet und stellen immer auch organisatorische Herausforderungen dar – nicht zuletzt, weil dabei auch diverse, teils gegensätzliche Interessen aufeinandertreffen. Die meisten „wicked problems“ zeigen sich in besonderem Ausmaß im urbanen Raum und manifestieren vielfältige „governance gaps“ („Steuerungslücken“). Aufgrund deren Mehrdimensionalität (z. B. Binnendimension der Verwaltung, Außendimension der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteur*innen aus verschiedenen Sektoren, zeitliches und räumliches Auseinanderfallen von Ursache und Auftreten des Problems) gestalten sich „governance gaps“ äußerst komplex.

Der Fokus des Projekts im Berichtsjahr lag weiterhin auf „Collective Action in Crises“, wobei das Forschungsinteresse jenem Set von Praktiken gilt, die kollektives Handeln in Krisensituationen ermöglichen. Das Krisenmanagement in der Covid-19-Pandemie bot dafür ein hochrelevantes Untersuchungsphänomen. So wurde aufbauend auf den Forschungsergebnissen des Instituts zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Wien begonnen, das Krisenmanagement der Stadt Wien, insbesondere den Krisenstab, zu untersuchen. Weiters wurden im Rahmen innovativer Instrumente des Krisenmanagements wie etwa der „Stolz auf Wien GmbH“, durch die betroffenen Unternehmen Eigenkapitalbeteiligungen ermöglicht wurden, „diplomatische“ Praktiken untersucht – also solche, die aus der Profession der Diplomatie bekannt sind –, denn schließlich stellen diese zentral darauf ab, kollektive Handlungsfähigkeit aufzubauen und zu erhalten. Konkret wurde dazu

ein Set „diplomatischer“ kollaborativer Handlungspraktiken identifiziert, mit deren Hilfe sich „wicked problems“ durch kollektives und sektorenübergreifendes Handeln bewältigen lassen. Im Arbeitsjahr 2021 wurde die Arbeit an einem Projekt zu „collaborative action“ im Rahmen der Bekämpfung australischer Buschfeuer, das an der University of New South Wales in Sydney angesiedelt ist und vom Australian Research Fund finanziert wird (Projektleiter: Prof. Dr. Markus Höllerer), aufgenommen und substanziell vorangetrieben. Eine große Anzahl an Interviews mit zentralen Akteur*innen in verschiedenen Funktionen wurde durchgeführt und vorläufig ausgewertet. Weiters konnten namhafte Praktiker*innen im Bereich des Krisenmanagements für das Advisory Board gewonnen werden. Zudem wurden im Arbeitsjahr die Sonderausgabe einer renommierten Fachzeitschrift auf den Weg gebracht sowie ein Buch zum Themenschwerpunkt in einem renommierten Verlag veröffentlicht. Darüber hinaus wurden „governance gaps“ insbesondere als analytische Linse und Ordnungsprinzip für jene laufenden Forschungsprojekte des Instituts angewandt, die sich mit Governance-Fragen beschäftigen. Insbesondere war das im Wissenstransfer der Fall. So stand die Perspektive der „governance gaps“ etwa im Zentrum der „Helmut Zilk Lecture“ unter dem Titel „Governance Gaps’ and Cities’ Capacity to Act: Insights from Vienna“, die Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer an der Hebrew University of Jerusalem hielt.

Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger*innen des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischtwirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtliche Rahmenbedingungen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktische Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projekts ist es, zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität sowie der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für Bürger*innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht. Im Berichtsjahr konnten Forschungsergebnisse zur Steuerung kommunaler Beteiligungsorganisationen in einem internationalen Fachjournal

veröffentlicht werden. Der Schwerpunkt lag daneben auf der weiteren Diffusion der jüngsten Forschungsergebnisse. Die vorliegenden Projektergebnisse werden zudem laufend im Bereich der Lehre sowie des Wissenstransfers zugänglich gemacht.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z. B. die „Benefit Corporation“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwacherwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unternehmensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten die Bedeutsamkeit der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. 2021 wurden die bisherigen Projektergebnisse weiter auf internationalen Foren diffundiert und eine internationale Publikation vorbereitet. Die internationale Kooperation zum Themenkreis mit der Mines ParisTech (Frankreich) und der Università Commerciale Luigi Bocconi (Mailand, Italien) konnte dabei weiter durch wechselseitige Gastaufenthalte und -vorträge gestärkt werden. Insbesondere konnten im Berichtsjahr die Vorbereitungen für eine Ausgabe des renommierten Publikationsorgans „Research in the Sociology of Organizations“ zum Themenschwerpunkt („The Corporation: Rethinking the Iconic Form of Business Organization“) abgeschlossen werden. Diese wurde von Angehörigen des Forschungsinstituts mitherausgegeben und lag zu Jahresende vor.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müs-

sen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisationen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt damit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund*innen – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund*innen-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Im Berichtsjahr lag der Projektfokus weiterhin auf der Diffusion der Ergebnisse der durchgeführten Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen, die vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde. Dazu wurde ein wissenschaftlicher Artikel zu den Forschungsergebnissen bei einem internationalen Journal eingereicht. Der Schwerpunkt lag daneben auf der weiteren Diffusion der jüngsten Forschungsergebnisse. Die vorliegenden Projektergebnisse werden laufend im Bereich der Lehre sowie des Wissenstransfers zugänglich gemacht, so etwa im Rahmen eines Panels im Rahmen des „Zukunftsalons“ an der Zeppelin Universität, das von einem Mitarbeiter des Forschungsinstituts initiiert

und organisiert wurde und an dem auch die Stadt Wien hochrangig vertreten war. Zudem konnte auch ein Buchbeitrag zu Einrichtungen und Prozessen der kommunalen Gebärungskontrolle in Österreich veröffentlicht werden, der auf die besondere Rolle der Landesrechnungshöfe abzielt.

Digital Public Health Innovations

Die Corona-Pandemie ebnete den Weg für die Implementierung digitaler Innovationen im Bereich Public Health. Oft wurden diese Innovationen von Verwaltungen mittels „top down“-Ansatz implementiert und bedingten die Zusammenarbeit von verschiedenen organisationalen Akteur*innen sowie die aktive Mitarbeit der Gesellschaft. Zwei solcher Innovationen sind „Digital Green Certificates“ (Grüner Pass) und „Contact Tracing Apps“ (CTAs) – zu Deutsch Apps zur Kontaktnachverfolgung. Daten zur Akzeptanz von CTAs (gemessen an Download-Raten) zeigen im nationalen Vergleich unterschiedliche Ergebnisse. Dabei ist bei CTAs die Beteiligung der Bürger*innen eine Voraussetzung dafür, dass das Service effektiv funktionieren kann. Ziel des Projekts ist es daher, ein besseres Verständnis der (Nicht-)Akzeptanz digitaler Public-Health-Innovationen in der Bevölkerung zu erlangen, nicht zuletzt im Hinblick auf ethische Fragen zum Thema Digitalisierung sowie Kosten-Nutzen-Abwägungen.

Im Berichtsjahr wurden Projektergebnisse mit UK-Bezug im Rahmen mehrerer internationaler Forschungsseminare und akademischer Fach-

konferenzen vorgestellt sowie in einer internationalen Fachpublikation veröffentlicht. Die vorliegenden Projektergebnisse wurden zudem im Bereich der Lehre zugänglich gemacht. Eine weitere Studie (Literaturüberblick über CTAs) wurde auf einer renommierten internationalen Fachkonferenz vorgestellt. Zudem wurden Drittmittel des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien eingeworben. Der Forschungsschwerpunkt dieses Drittmittelprojekts (offizieller Beginn im Oktober 2021) liegt auf einer thematischen Analyse des öffentlichen Diskurses der österreichischen CTA in den sozialen Medien (mit Fokus auf der Diskussion im Kurznachrichtendienst „Twitter“). Das Drittmittelprojekt wurde im Rahmen eines Wissenstransfers (Vernetzungstreffen) vorgestellt.

Public Financial Management und Accountability

Die Frage der Gleichbehandlung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ist für das öffentliche Handeln zentral. Ziel des Projekts ist es aufzuzeigen, worin sich mögliche Benachteiligungen im Bereich des öffentlichen Haushaltswesens zeigen, insbesondere im Hinblick auf Fragestellungen der „Accountability“ sowie etwaiger Auswirkungen öffentlicher Budgetmaßnahmen auf solche Gruppen. Partnerorganisation des Projekts ist der Budgetdienst des Österreichischen Parlaments. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Konzept des „Gender Budgetings“, das die Strategie verfolgt, öffentliche Budgets unter sozialen Gesichtspunkten gerecht zwischen den Geschlechtern aufzutei-

len. Das Projekt hat zum einen zum Ziel, den Sachstand in der Literatur aufzuarbeiten und zum anderen den Status Quo in Österreich, das auf der Bundesebene eine Vorreiter-Rolle im Bereich „Gender Budgeting“ einnimmt, zu erforschen.

Im Berichtsjahr sind drei Studien zum „Gender Budgeting“ mit unterschiedlichen Schwerpunkten erschienen. Diese umfassen einen allgemeinen Literaturüberblick, einen Literaturüberblick über die spezielle Situation in Schwellenländern sowie eine Studie zu Entwicklungen auf der österreichischen Bundesebene, in der die Wirkungsfolgenabschätzungen von Gesetzesvorhaben und Rechnungshofberichte auf Gender-Aspekte analysiert wurden. Um die Ergebnisse auch für Praktiker*innen zugänglich zu machen, wurden darüber hinaus mehrere Blogbeiträge in deutscher Sprache (Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming/Budgeting) und englischer Sprache (Internationaler Währungsfonds) verfasst.

Organizational Resilience in a City Context

Im breiteren Kontext innovativen Stadtmanagements hat in jüngerer Vergangenheit das Thema der „Resilienz“ von Städten („city resilience“) erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Unter Resilienz wird in diesem Zusammenhang kurz gesagt die Fähigkeit von Städten verstanden, unerwartete Schocks (z. B. Naturkatastrophen, Terrorismus etc.) und andauernde Stressoren (z. B. soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Erhaltung von kritischer Infrastruktur)

„abzufedern“. Ein Schwerpunkt der laufenden Debatte liegt dabei vor allem auf der Gestaltung der intersektoralen Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Ein laufendes Projekt am Forschungsinstitut widmet sich dabei der Frage, wie sich in diesem Bereich globale Best Practices entwickeln, welche Vorreiterinnen-Rolle internationale Metropolen einnehmen und welche Funktionen globale Netzwerke und Initiativen (z. B. 100 Resilient Cities Network, Transatlantic Policy Lab) ausfüllen. Zusätzlich befasst sich das Projekt mit der Integration unterschiedlicher Resilienz-Konzepte und versucht, diese für den Stadtkontext fruchtbar zu machen. Dabei wird zentral auf das Konzept des „City Spirit“ abgestellt.

2021 wurde ein empirischer Beitrag zu diesem Thema auf Basis umfassenden Feedbacks weiter überarbeitet und für eine Einreichung in einem renommierten Fachjournal vorbereitet. Ebenfalls wurde die darauf aufbauende Untersuchung zum Umgang von Großstädten mit systemischer Diskriminierung im Kontext von Resilienzbestrebungen weiter ausgebaut und die Datenbasis um visuelle Daten erweitert. Ein konzeptioneller Beitrag zur Abgrenzung unterschiedlicher Formen urbaner Veränderungen im Kontext von „resilient cities“ wurde in einem internationalen Fachjournal veröffentlicht. Das dabei zugrundeliegende Konzept von „Stadtidentität“ wurde weiterhin in einer komparativ empirischen Untersuchung von historischen Stadtplänen beleuchtet: diese stellt zentral auf die Frage ab, wie die „moderne“ (Groß-)Stadt multimodal theoretisiert und kommuniziert wird.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der Sharing Economy – wie beispielsweise Car-Sharing, Co-Working, Community Gardening oder auch die temporäre Vermietung von Wohnungen – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit Kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing-Economy-Modelle (Gefährdung von Arbeitsplätzen, Ausbleiben von Steuereinnahmen, Senkung der Standards bei Arbeitnehmer*innen-Rechten etc.) in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (wie das Hotelgewerbe und das Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Mit diesen Konflikten konfrontierte Kommunen haben unterschiedliche Antworten im Umgang mit Sharing-Economy-Modellen gefunden: Während die Mehrzahl der Kommunen eher abwartet, versuchen einzelne über bilaterale Vereinbarungen, mit führenden Sharing-Economy-Plattformen – oder auch mittels intensiverer Regulierung – negative Auswirkungen von Sharing-Modellen zu reduzieren. Insbesondere größere Kommunen sehen sich zum proaktiven Handeln gezwungen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind, z. B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen

gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze der Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde die Kooperation mit dem Forschungsnetzwerk „i-share“ weitergeführt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Untersuchung geografischer Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Struktur der Sharing Economy. Der Fokus wurde insbesondere auf stadtplanerische Zugänge und deren Einfluss auf die Gründungsaktivitäten von Sharing-Economy-Organisationen gelegt.

Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

Cities4PEDS

Plus-Energie-Quartiere (Positive Energy Districts, PEDs) wurden bislang vorwiegend aus einer technologischen und/oder energiebezogenen Perspektive erforscht. Oft liegt der Fokus dabei auf Elektrizitätsfragen im Zusammenhang mit Neubauprojekten. Bestehende Regelungen zielen meist auf einzelne Gebäude ab (mit bekannten Eingriffsmöglichkeiten), nicht jedoch auf Quartiere oder ganze Stadtteile. Eine breitere Umsetzung des PED-Konzepts erfordert daher einen besonderen Fokus auf rechtliche, institutionelle und organisatorische Fragen und eine Konzentration auf Städte als die Hauptakteure, wenn es um die Entwicklung effektiver Instrumente und Strukturen geht. In Cities4PEDs arbeiten die Städte Wien,

Brüssel und Stockholm mit Expert*innen aus Forschung und Innovation zusammen, um gemeinsam zu untersuchen, wie einschlägige rechtliche Instrumente und Planungsprozesse in Städten angepasst werden müssen, um PEDs zu realisieren. Das Forschungsinstitut untersucht, mit welchen Instrumenten Städte die Entwicklung und Umsetzung von PEDs voranbringen können. Die Bandbreite der Fragen umfasst dabei den liegenschaftsübergreifenden Energieaustausch, genauso wie den Wissenstransfer von Pilotprojekten in die Stadtverwaltung.

Im Berichtsjahr wurden die stadtspezifischen und stadtübergreifende Fragestellungen, unter anderem im Rahmen einer Kick-off-Veranstaltung, diskutiert und geschärft. Zudem wurden Interviews mit Expert*innen der Städte vorbereitet.

Freiraum für Regulatorisches Experimentieren Schaffen – F.R.E.SCH

Expert*innen in der Praxis von Forschungs- und Innovationsprojekten im Energiebereich weisen zunehmend auf den Bedarf nach adäquaten Experimentierräumen hin, um systemische Implementierung neuer Integrations- und Marktmodelle zu ermöglichen bzw. um Lösungen mit Speicher- und Energietechnologien in unterschiedlichen räumlichen und regulatorischen Kontexten replizierbar zu machen. Dies macht auch Adaptationen des institutionellen und regulatorischen Rahmens notwendig.

Im Zuge von F.R.E.SCH wurden relevante Themenfelder und Forschungsfragen identifiziert.

Mit der Untersuchung der maßgeblichen unions- und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung von Reallaboren im Energiebereich wurde die inhaltliche Arbeit abgeschlossen.

Nach Abschluss des Projekts wurde die Dissemination der gewonnenen Erkenntnisse vorangetrieben. Der Beitrag „*Practical necessity and legal options for introducing energy regulatory sandboxes in Austria*“ wurde im Peer-Reviewed-Journal *Utilities Policy* publiziert und untersucht erstmals den praktischen Bedarf von regulatorischen Experimentierräumen in Österreich anhand von konkret identifizierten Experimentierfeldern und mit Blick auf rechtliche Erfordernisse.

APCC Special Report – Herausforderungen und Chancen bei der Erreichung des Pariser Abkommens „Strukturelle Bedingungen für ein klimafreundliches Leben“

Die konsum- und produktionsbasierten Treibhausgasemissionen in Österreich befinden sich nach wie vor auf einem hohen Level. Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und damit „der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“ (UNFCCC 2015), reichen rein technische und auf einzelne Sektoren bezogene Lösungen, die nur eine partielle Dekarbonisierung anstreben, nicht aus. Stattdessen ist eine weitreichende Dekarbonisierung der österreichischen Gesell-

schaft notwendig, die eine strukturelle gesellschaftliche Transformation, welche alle Aspekte des täglichen Lebens in Österreich umfasst, erfordert. In Zusammenarbeit mit Stakeholdern werden im Special Report Potenziale, Optionen und Grenzen identifiziert, um strukturelle Bedingungen zu erreichen, die ein klimafreundliches Leben in Österreich ermöglichen, etablieren und nachhaltig sichern.

Im Berichtsjahr 2021 wurde die inhaltliche Arbeit an diesem Forschungsprojekt, das vom Klima- und Energiefonds gefördert wird, aufgenommen. Mehr als 70 Forscher*innen wurden zu Autor*innen-Teams zusammengefasst, die in einem mehrstufigen Prozess zunächst Entwürfe der Berichtskapitel, die sich mit klimarelevanten Handlungsfeldern und Querschnittsthemen befassen, erarbeitet haben. Teil dieser Entwurfsphase war u. a. ein zweifacher wissenschaftlicher Review-Prozess, der die wissenschaftliche Qualität des Berichts sicherstellte und 2021 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Neben diversen Autor*innen- und Stakeholder-Workshops wurde im Berichtsjahr auch ein Co-Production-Workshop durchgeführt, der insbesondere der Entwicklung sozialwissenschaftlich fundierter Transformationsnarrative und der Einbettung in gegenwärtige Entwicklungen diente.

Vierter Baukulturreport – Baukulturpolitik konkret: Der Weg zur Agentur für Baukultur

Der Vierte Baukulturreport widmet sich der Bewältigung aktueller Herausforderungen der österreichischen Baukulturpolitik. Im Rahmen des Projekts (Projektleitung: *Verein Plattform Baukultur*) wurde als Zielsetzung der Entwurf eines Regelungsvorhabens samt wirkungsorientierter Folgenabschätzung (WFA) für effektivere und effizientere Baukulturinstrumente verfolgt. Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance steuerte rechtliche Expertise zum Projekt bei. Der Fokus lag dabei auf rechtlich-institutionellen Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung einer Agentur zur Förderung von Baukultur in Österreich.

Im Berichtsjahr wurde die inhaltliche Arbeit am Vierten Baukulturreport abgeschlossen und dieser im Anschluss veröffentlicht.

Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO₂-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Beispiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften bis hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an

Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von Raumplanung und Energieplanung und die Umsetzung von integrierten Energieversorgungs-lösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet, die als fachliche Grundlage u. a. für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raum-Planung“ dienen sollen.

Die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung wurde im Rahmen eines Dissertationsprojektes weitergeführt und im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Die Ergebnisse der Analyse wurden in einer Monographie verarbeitet, die unter dem Titel „Das Recht der Energieraumplanung“ 2021 im Verlag Österreich erschienen ist.

Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Kommunale Daseinsvorsorge im Kontext europäischer Handelsabkommen einer neuen Generation (TTIP, CETA, TiSA)

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringerinnen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit

Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor*in-Staat-Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl von neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft wurden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes oder von Investitionskontrollen.

2021 wurde die Arbeit an dem Projekt unter anderem mit einer vertieften Untersuchung von staatlichen Regelungsspielräumen im Lichte aktueller Reformvorschläge zur Investor*in-Staat-Streitbeilegung abgeschlossen.

IRES: Erhöhung von Resilienz und Versorgungssicherheit post-COVID-19: Von globalen zu regionalen Wertschöpfungsketten

Die COVID-19-Pandemie verdeutlicht die Fragilität globaler Produktionsprozesse. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach geografisch stärker diversifizierten Produktionsketten und einer vermehrten lokalen Produktion lauter. Belange der Versorgungssicherheit gewinnen gegenüber Effizienz- und Kostenüberlegungen in der Diskussion zunehmend an Bedeutung. Umstritten sind aber sowohl die Instrumente, die zu einer solchen Reorganisation der Produktion eingesetzt werden könnten, als auch die sektorale Reichweite allfälliger Maßnahmen.

Das Projekt IRES zielt zunächst darauf ab, ein tieferes und systematischeres Verständnis der gegenwärtigen Organisation der Produktion auf internationaler Ebene zu gewinnen. Dies beinhaltet unter anderem eine Analyse der Transformation globaler Produktionsprozesse anhand von Fallstudien zu globalen Wertschöpfungsketten im Bereich spezifischer pharmazeutischer und medizinischer Güter sowie eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf internationaler Ebene (etwa im WTO-Recht) für etwaige Regionalisierungsmaßnahmen bestehen. Darauf aufbauend wird in der Folge untersucht, welche rechtlichen Handlungsspielräume auf Ebene des Unionsrechts und des nationalen Rechts für Maßnahmen bestehen, die auf eine Erhöhung von Regionalisierung, Resilienz und Versorgungssicherheit post-COVID-19 abzielen. In diesem Zusammenhang wird eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten näher in den

Blick genommen, darunter Beihilfen, strategische Bevorratung und die (nachhaltige) öffentliche Beschaffung. Das Projekt wird in Kooperation mit der Österreichischen Stiftung für Entwicklungsforschung (ÖFSE, Gesamtprojektleitung) durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurde die inhaltliche Arbeit an dem Projekt abgeschlossen. Zum einen wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für Maßnahmen zur Steigerung von Versorgungssicherheit und Resilienz umfassend untersucht. Zum anderen wurden konkrete Maßnahmenvorschläge einer rechtlichen Bewertung unterzogen und allfällige Spielräume und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit deren Umsetzung aufgezeigt. Aufgrund der Aktualität der Themen wurden im Berichtsjahr zentrale Ergebnisse im Rahmen von drei Working Papers publiziert. Die Disseminationstätigkeit wird fortgesetzt. Zudem wurde aufbauend auf die Ergebnisse des Projekts im Berichtsjahr im Rahmen einer Masterarbeit begonnen, weiterführende Fragen zum aktuellen rechtlichen Rahmen für die Berücksichtigung strategischer Beschaffungszwecke zu untersuchen.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

- De Waele, Lode, Polzer, Tobias, Van Witteloostuijn, Arjen, Berghman, Liselore. 2021. "A little bit of everything?" Conceptualising performance measurement in hybrid public sector organisations through a literature review. *Journal of Public Budgeting, Accounting & Financial Management*. 33 (3), 343-363.
- Feller, Barbara, Grob, Lisa-Maria, Halbartschlager, Rupert, Hammer, Renate, Kopeinig, Gerhard, Kühn, Christian, Leitner, Elisabeth, Madner, Verena, Seiß, Reinhard, Temel, Robert, Wolfsgruber, Klaus, Zech, Sibylla. 2021. *Vierter Baukulturreport. Baukulturpolitik konkret: Der Weg zur Agentur für Baukultur*. Wien: Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport.
- Hollaus, Birgit. 2021. The EU in multilateral environmental compliance mechanisms: an outside view. *Europe and the World: A Law Review*. 5 (1), 1-15. open access
- Hollaus, Birgit. 2021. Vom "unerheblichen" Töten: aktuelle Judikatur zum artenschutzrechtlichen Tötungsverbot. *Tier- und Artenschutz in Recht und Praxis*. (5), 111-128. open access
- Hollaus, Birgit. 2021. Naturschutzgesetze der Länder. In: *Kommentar zum Umweltrecht*. Band 2, Hrsg. Dieter Altenburger, 535-602. Wien: LexisNexis.
- Hollaus, Birgit. 2021. Compliance Mechanisms in MEAs: A Role for the (General) Public. 8th EELF Annual Conference, Bournemouth (online), Vereinigtes Königreich von Großbrit. u. Nordirland, 08.09-10.09.
- Hollaus, Birgit. 2021. Compliance Mechanisms in Multilateral Environmental Agreements: Untapped Potential for Countering Fragmentation in International Environmental Law. IUCN Academy of Environmental Law Annual Colloquium, Gröningen (online), Niederlande, 28.06-02.07.
- Kornberger, Martin. *Strategies for distributed and collective action: Connecting the dots*. Oxford: Oxford University Press. (erscheinend).
- Kornberger, Martin. *Systemaufbruch. Strategie in Zeiten radikaler Unsicherheit – die Wiederentdeckung von Clausewitz*. Hamburg: Murmann Verlag. (erscheinend).
- Kornberger, Martin, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2021. Exploring the long-term effect of strategy work: The case of Sustainable Sydney 2030. *Urban Studies*. 58 (16), 3316-3334.
- Krause, Tobias, Polzer, Tobias. 2021. Board role attributions and performance in municipally owned corporations. Evidence from Germany. *IR-SPM, Online, Schweiz*, 20.04.-23.04.
- Krause, Tobias, Polzer, Tobias. 2021. Board role attributions and performance in municipally owned corporations. Evidence from Germany. *Comparative International Governmental Accounting Research Network, Virtual Conference, Österreich*, 24.06.-25.06.
- Kuric, Ines. 2021. Understanding multimodal theorisation: Imagining the modern city of the fin de siècle. 37th EGOS Colloquium, Amsterdam, Niederlande, 08.07.-10.07.
- Leixnering, Stephan. 2021. Management in der Krise? Vom taktvollen Umgang mit Menschen. In: *No Future?! WAS*, Band 114. Hrsg. Michael Steiner, 1-8. Graz: Leykam.
- Leixnering, Stephan. 2021. *Organisationale Governance und öffentliches Interesse*. Habilitationsschrift, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Leixnering, Stephan. 2021. Panel: Öffentliche Finanzkontrolle als (übersehener) Schlüsselfaktor für Public Corporate Governance? ZU|kunftssalon Public Corporate Governance. Zeppelin Universität, 10.09.

- Leixnering, Stephan, Höllerer, Markus. 2021. 'Remaining the same or becoming another?' – Adaptive resilience versus transformative urban change. *Urban Studies* (online first).
- Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Doralt, Peter. The past as prologue: Purpose dynamics in the history of the Aktiengesellschaft. *Research in the Sociology of Organizations* Vol. 78. (erscheinend).
- Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. 2021. Hybrid coordination of city organizations: The rule of people and culture in the shadow of structures. *Urban Studies*. 58 (14), 2933-2951.
- Madner, Verena, Mayr, Stefan, Sauca, Iryna. 2021. Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen für Maßnahmen zur Steigerung von Versorgungssicherheit und Resilienz. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 217.
- Madner, Verena, Mayr, Stefan, Sauca, Iryna. 2021. Versorgungssicherheit in Krisenzeiten - Möglichkeiten und Grenzen. *A&W blog*, 02.06.
- Mayr, Stefan. 2021. Investment Protection in National Courts and the ECJ in Light of the Rule of Law Crisis. *Europarättslig Tidskrift*. (1), 17-35.
- Mayr, Stefan, Hollaus, Birgit, Madner, Verena. 2021. Palm oil, the RED II and WTO law: EU sustainable biofuel policy tangled up in green? *RECIEL - Review of European, Comparative & International Environmental Law*. open access
- Mayr, Stefan, Orator, Andreas. 2021. Populism, Popular Sovereignty, and Public Reason: Introductory Remarks. In: *Populism, Popular Sovereignty, and Public Reason*, Hrsg. Stefan Mayr & Andreas Orator, 11-19. Berlin: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Mayr, Stefan, Orator, Andreas, Hrsg. 2021. *Populism, Popular Sovereignty, and Public Reason*. Berlin: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan, Schiffinger, Michael. 2021. The carrot or the stick: Self-regulation for gender-diverse boards via codes of good governance. *Journal of Business Ethics*. 170 (3), 577-593.
- Meyer, Renate. 2021. „Governance Gaps“ and cities' capacity to act: Insights from Vienna. Annual Honorary Zilk Lecture 2021. The Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem/Online, 16.06.
- Meyer, Renate, Leixnering, Stephan, Veldman, Jeroen. Rethinking the Corporation: Introduction. *Research in the Sociology of Organizations* Vol. 78. (erscheinend).
- Meyer, Renate, Leixnering, Stephan, Veldman, Jeroen. The Corporation: Rethinking the iconic form of business organization. *Research in the Sociology of Organizations* Vol. 78. Bingley: Emerald Publishing. (erscheinend).
- Meyer, Renate, Quattrone, Paolo. 2021. Editorial: Living in a Post-truth World? Research, doubt and organization studies. *Organization Studies*. 42 (9), 1373-1383.
- Nolte, Isabella M., Polzer, Tobias, Seiwald, Johann. 2021. Gender budgeting in emerging economies—a systematic literature review and research agenda. *Journal of Accounting in Emerging Economies*. 11 (5), 799-820.
- Öner-Kula, Selin, Polzer, Tobias, Kornberger, Martin. 2021. A literature review on digital public sector co-production in a new setting: the timely case of contact-tracing apps. *IRSPM, Online, Schweiz*, 20.04.-23.04.
- Parapatics, Katharina. 2021. *Das Recht der Energieplanung*. Wien: Verlag Österreich.
- Piekkari, Rebecca, Tietze, Susanne, Angouri, Jo, Meyer, Renate, Vaara, Eero. 2021. Can you speak covid-19? Languages and social inequality in management studies. *Journal of Management Studies*. 58 (2), 587-591

Polzer, Tobias. 2021. Innovation und öffentliche Verwaltung. WU Alumni Future Talks 2021, Wien, 10.06.

Polzer, Tobias. 2021. Organising public sector innovation. OECD Observatory of Public Sector Innovation Workshop, Online, 11.05.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The COVID-19 Contact Tracing App in the UK: Co-production in the public sector which went wrong. Academy of Management, Virtual Annual Meeting, Vereinigte Staaten/USA, 29.07.-04.08.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The legitimization of digital innovations and accountability relationships between government and citizens: A case of COVID-19 contact tracing apps in the UK. Research seminar presentation at University of Sussex, Brighton, 13.01.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 app: The failed co-production of a digital public service. 10th Workshop of 'Management Control' Journal, Macerata, Italien, 26.11.-27.11.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 App: Co-production of a digital public service that went wrong. 37th EGOS Colloquium, Amsterdam, Niederlande, 08.07.-10.07.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 App: Co-production of a digital public service that went wrong. DG.O 2021: 22nd Annual International Conference on Digital Government Research, Omaha/Online, Vereinigte Staaten/USA, 09.06.-11.06.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 app: The failed co-production of a digital public service. 11th EIASM International Public Sector Conference, Belfast/Online, Vereinigtes Königreich von Großbritannien u. Nordirland, 27.09.-28.09.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 app: The failed co-production of a digital public service. Financial Accountability and Management.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK COVID-19 app: The failed co-production of a digital public service. Research seminar presentation at Bharati Vidyapeeth Institute of Management and Research, New Delhi, 09.12.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2021. The UK's COVID-19 Contact Tracing App. Guest lecture at University of Sussex, Brighton, 25.03.

Polzer, Tobias, Li, Dunli. 2021. Using open government data in teaching data analytics. Workshop "Reimagining Public Sector Management - A new age of Renewal and Renaissance?", Virtual Workshop, United Kingdom, 19.02.

Polzer, Tobias, Nolte, Isabella M., Seiwald, Johann. 2021. A review of academic studies of gender budgeting. International Monetary Fund - Public Financial Management Blog, 13.09.

Polzer, Tobias, Nolte, Isabella M., Seiwald, Johann. 2021. Gender budgeting in public financial management: a literature review and research agenda. International Review of Administrative Sciences.

Polzer, Tobias, Nolte, Isabella M., Seiwald, Johann. 2021. Neue Überblicksstudie zu Gender Budgeting identifiziert Forschungsgebiete der Zukunft. Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming/Budgeting (IMAG GMB) Blog, 28.09.

Polzer, Tobias, Öner-Kula, Selin. 2021. Digital public health innovations and the urban context. Netzwerktreffen des WU-Jubiläumsfonds der Stadt Wien 2021, Wien, Österreich, 13.10.

Polzer, Tobias, Seiwald, Johann. 2021. Gender-responsive budgeting in Austria: The narrow line between implementation and confirmation. Public Money and Management. 41 (7), 527-538.

Polzer, Tobias, Seiwald, Johann. 2021. Outcome orientation in Austria: How far can late adopters move? In: Public Sector Reform and Performance Management in Developed Economies: Outcomes-Based Approaches in Practice, Hrsg. Zahirul Hoque, 119-145. Abingdon/New York: Routledge.

Polzer, Tobias, Vith, Sebastian, Bauer, Günter. Local government auditing in Austria. Auditing Practices in Local Governments: An international comparison. (erscheinend).

Raza, Werner, Grumiller, Jan, Grohs, Hannes, Madner, Verena, Mayr, Stefan, Sauca, Iryna. Assessing the opportunities and limits of a regionalization of economic activity. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 215.

Raza, Werner, Grumiller, Jan, Grohs, Hannes, Madner, Verena, Mayr, Stefan, Sauca, Iryna. 2021. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit kritischen Gütern. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 218.

Staudinger, Nikolai. 2021. Diplomatic action in multi-stakeholder initiatives: Tackling uncertainty and diverse evaluations in grand challenges. 37th EGOS Colloquium, Amsterdam, Niederlande, 08.07.-10.07.

Veseli, Argjenta, Moser, Simon, Kubeczko, Klaus, Madner, Verena, Wang, Anna, Wolfsgruber, Klaus. 2021. Practical necessity and legal options for introducing energy regulatory sandboxes in Austria. Utilities Policy. 73 open access

2.3 Lehre und Veranstaltungen

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende

Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Organisation“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives in den Master-Programmen „Management“ und „Sozioökonomie“ bzw. „Socio-Ecological Economics and Policy (SEEP)“ integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten.

Im Berichtsjahr 2021 wurde der Schwerpunkt auf Public Corporate Governance in einzelnen Lehrveranstaltungen fortgesetzt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für Organization Studies sowie der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management), wurde nach einem pandemiebedingten Jahr Pause wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Berichtsjahr 2021 Expert*innen zu verschiedene Fragestellungen begrüßt werden, u.a. Anna Cordt (zur Digitalisierung der Oesterreichischen Nationalbank) und Wolfgang Lalouschek (zur gesunden Organisation).

2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2021 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen des Aufsichtsrät*innen-Lehrgangs zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zu meist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie

der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler*innen des Instituts als Vortragende (z. B. an der Wiener Verwaltungsakademie sowie ausgegliederten Rechtsträger*innen des Bundes) tätig. Zudem haben Mitarbeiter*innen des Forschungsinstituts ihre Expertise für verschiedene Executive-Education-Programme der WU Executive Academy (z. B. Public Auditing und Healthcare Management) eingebracht und zahlreiche Abschlussarbeiten betreut.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z. B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspraxis auf Wiener sowie auf Bundesebene sowie zum internationalen Austausch bei.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer hielt etwa auf Einladung der Hebrew University of Jerusalem die diesjährige „Helmut Zilk Lecture“ unter dem Titel „„Governance Gaps‘ and Cities‘ Capacity to Act: Insights from Vienna“. Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering moderierte im Rahmen des „Zukunftssalons“ der Zeppelin Universität eine Podiumsdiskussion u. a. mit dem Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle sowie dem Präsidentschef der Stadt Wien mit dem Titel „Öffentliche Finanzkontrolle als (übersehener) Schlüsselfaktor für Public Corporate Governance?“. Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus LL.M. (WU) leistete einen fachlichen Input zum Thema Klimaklagen für die Sitzung der Steuerungsgruppe „Smart City Wien“.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter*innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, Expert*innen-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So sind etwa Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner und Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus, LL.M. Mitglieder der AG Klimaschutzrecht des Climate Change Centre Austria (CCCA). Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner ist weiters Vorsitzende des Expert*innen-Beirats der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“. Sie war zudem im Beirat des „Horizon 2020“ Projekts „Smarter Together“ und ist im Kuratorium des KDZ und des Urban Forum tätig. Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus, LL.M. ist seit 2021 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat zum neu geschaffenen Klimarat der Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist sie Mitglied der Wiener Juristischen Gesellschaft (WJG).

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Gesundheitsverbundes, im Aufsichtsrat des FWF, im Kuratorium des KDZ, im Kuratorium des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien sowie Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl-und-Anneliese-Goerdeler-Stiftung.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner ist Mitglied der Herausgeber*innen-Beiräte der renommierten Fachzeitschriften „Zeitschrift für Verwaltung (ZfV)“, „Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht (EurUP)“ und „Recht der Umwelt (RdU)“. Für letztere erstellen Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ

Verena Madner und Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus, LL.M. laufend den Überblick zum aktuellen europäischen Umweltrecht.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Herausgeberin der renommierten Fachzeitschrift „Organization Studies“ sowie der Schriftenreihe „Modernisierung des öffentlichen Sektors“ (auch „Gelbe Reihe“), und war im Berichtsjahr Past Chair der OMT Division der Academy of Management. Sie ist seit 2009 Part Time Professor an der Copenhagen Business School, seit Oktober 2020 ist sie weiters Visiting Professor of Management an der Saïd Business School der University of Oxford. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer und Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering waren zudem als internationale Mitglieder des Centre for Not-for-profit and Public-sector Research an der Queen’s Management School, Belfast, Großbritannien, tätig. Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering war auch 2021 Research Fellow an der Zeppelin Universität Friedrichshafen und fungierte im Rahmen der „ERASMUS+“-Lehrendenmobilität als Ko-Leiter eines Forschungskolloquiums für Public Corporate Governance. Zudem war er als Research Associate mit der Mines ParisTech affiliert.

Zudem sind Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer als Präsidentin und Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering als ihr Stellvertreter im Vorstand der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management (ÖVO) tätig. Die ÖVO ist außerdem institutionelle Mitherausgeberin der „zfo – zeitschrift führung + organisation“ und wird in deren Herausgeber*innen-Beirat von Priv.-Doz. Dr. Stephan Leixnering vertreten.

Wissenschaftler*innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber*innen zur internationalen Vernetzung bei. So waren Anna Grandori (Università Bocconi, Mailand, Italien) und Nathania Chua (ESADE Business School, Barcelona, Spanien) im Berichtsjahr Gäste des Forschungsinstituts.

2.5 Preise und Auszeichnungen

Frau Dr.ⁱⁿ Birgit Hollaus, LL.M. erhielt 2021 den Wissenschaftlichen Förderpreis 2021 der Wiener Juristischen Gesellschaft (WJG) für ihre Dissertation „An EU law perspective on compliance mechanisms in multilateral environmental agreements“. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner und Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU) wurden 2021 für die Gestaltung der Lehrveranstaltung „International and European Law, Institutions and Governance“ mit dem Preis für Innovative Lehre an der WU ausgezeichnet. Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU) erhielt überdies 2021 den Preis für „Exzellente Lehre“ an der WU.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management und Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban